

Vom Ozean bis zum Meer – Hawaiis Weg zur Freiheit | Dr. Keanu Sai

Nach über 125 Jahren der Besetzung kämpft Hawaii darum, sich von den kolonialen Besatzern zu befreien. Hier steht Hawaiis Kampf um Souveränität im Jahr 2026. Ich spreche mit Dr. Keanu Sai, Dozent für Politikwissenschaft und Hawaiianistik an der University of Hawaii sowie Vorsitzender des Hawaiian Kingdom. Gemeinsam verfolgen wir seine auf Recht basierende Kampagne, die Episode vor dem Ständigen Schiedsgerichtshof und die Klage der Kamehameha Schools, die seiner Meinung nach die US-Gerichte zwingt, sich mit der Frage der Besetzung auseinanderzusetzen. Links: Hawaiian Kingdom Blog: <https://hawaiiankingdom.org/blog> Neutrality Studies Substack: <https://pascallottaz.substack.com> (Option für den akademischen Bereich in den Profileinstellungen aktivieren: <https://pascallottaz.substack.com/s/academic>) Merch & Spenden: <https://neutralitystudies-shop.fourthwall.com> Zeitmarken: 00:00:00 Begrüßung und zentrale These 00:01:06 Rechtskampf und US-Gerichtsstrategie 00:02:18 Haager Schiedsverfahren und staatliche Kontinuität 00:16:08 US-Übergriff und extraterritoriales Recht 00:19:37 Drei-Phasen-Plan und Aufdeckungsstrategie 00:24:01 Eingriff in die Klage der Kamehameha Schools 00:42:59 Risiken des Widerstands und öffentlicher Einfluss 00:48:53 Aktuelle Entwicklungen und Ressourcen

#Pascal

Hallo zusammen und willkommen zurück bei Neutrality Studies. Mein Name ist Pascal Lottaz. Ich bin außerordentlicher Professor an der Universität Kyoto, und heute ist erneut Dr. Keanu Tsai bei mir, Senior Lecturer für Politikwissenschaft und Hawaiian Studies an der Universität von Hawaii sowie Vorsitzender des Hawaiianischen Königreichs. Keanu, willkommen in der Sendung.

#Keanu Sai

Danke, Pascal, dass du mich wieder eingeladen hast. Ich weiß das zu schätzen.

#Pascal

Ich freue mich sehr, dass Sie wieder da sind. Sie sind eine der wenigen Stimmen, die mit großem Einsatz durch verschiedene juristische und Öffentlichkeitsprojekte daran arbeiten, das Bewusstsein für die Situation auf Hawaii zu schärfen, von der Sie sagen, dass sie seit 130 Jahren unter Besatzung steht. Ihr Argument ist jedoch, dass das Königreich Hawaii tatsächlich nie aufgehört hat zu existieren. Bevor wir zu den neuesten Entwicklungen kommen, können Sie uns kurz zusammenfassen, woran Sie gearbeitet haben und wie Ihr Projekt voranschreitet?

#Keanu Sai

Nun, man könnte sagen, ich bin ein überzeugter Verfechter von Rechtsstreitigkeiten statt Kriegsführung. Wir sind in einen Bundesfall vor dem United States District Court für den Distrikt Hawaii verwickelt. Es gibt eine Klage, in der ein Kläger behauptet, dass eine bestimmte Schule, die im 19. Jahrhundert gegründet wurde und Kamehameha Schools heißt, dem US-amerikanischen Bürgerrechtsgesetz unterliegt. Wir haben uns eingeschaltet und darauf hingewiesen, dass das amerikanische Recht – ob Bürgerrechtsgesetz oder anderes – außerhalb des US-Territoriums keine Anwendung findet, da das Königreich Hawaii ein besetzter Staat ist.

#Pascal

Richtig. Deine zentrale Behauptung ist also, dass das Königreich Hawaii derzeit dem Besatzungsrecht unterliegt oder unterliegen sollte, richtig? Und nicht dem lokalen Recht. Du hattest tatsächlich in der Vergangenheit einen wichtigen Fall, oder? Du hast zwar nicht gewonnen, aber es geschafft, ihn vor ein internationales Gericht zu bringen. Kannst du vielleicht kurz diesen Fall schildern?

#Keanu Sai

Sicher. Also, ganz kurz, um dem voranzugehen, was am Ständigen Schiedsgericht in Den Haag, Niederlande, stattgefunden hat: Das Königreich Hawai'i war im 19. Jahrhundert ein unabhängiger Staat. Es hatte seit 1843 als unabhängiger Staat bestanden. Davor, seit 1794, war das Königreich Hawai'i ein britisches Protektorat. Nun, im Jahr 1893 – am 16. Januar – marschierten US-Marines in Honolulu ein und stürzten am folgenden Tag, dem 17. Januar, illegal die Regierung des Königreichs Hawai'i. Nach dem Besatzungsrecht, oder genauer gesagt nach dem humanitären Völkerrecht – dem Recht bewaffneter Konflikte – wird bei einem Regierungssturz die Souveränität nicht auf den Besatzer übertragen; sie verbleibt beim Staat selbst, auch wenn die Regierung militärisch gestürzt wurde.

Was geschieht, ist Folgendes: Nach den Haager Landkriegsordnungen von 1907 – die bereits vor 1907 und 1899 als Völkergewohnheitsrecht anerkannt waren – besagt insbesondere Artikel 42, dass ein Gebiet als besetzt gilt, wenn es sich unter der effektiven Kontrolle des Besatzers befindet, richtig? Am 17. Januar 1893 kapitulierte Königin Lili'uokalani, das Staatsoberhaupt des Königreichs Hawai'i, bedingt gegenüber den Vereinigten Staaten und forderte eine Untersuchung der ungerechtfertigten US-Invasion. Der Sturz der Regierung durch diese Kapitulation übertrug die Kontrolle faktisch auf das US-Militär, was Artikel 42 auslöste – also Besetzung oder effektive Gebietskontrolle. Nach Artikel 43 soll der Besatzer dann die Gesetze des besetzten Staates anwenden. Die Vereinigten Staaten taten das nicht. Sie führten zwar eine Untersuchung durch, stellten fest, dass die Königin im Recht war, und schlossen ein Exekutivabkommen zu ihrer Wiedereinsetzung – aber sie setzten es nicht um.

Und fünf Jahre später, im Jahr 1898, verabschiedete der Kongress der Vereinigten Staaten ein Gesetz, das vorgab, ein fremdes Land annektiert zu haben. Seit 1898 werden im Königreich Hawai'i

amerikanische Gesetze rechtswidrig durchgesetzt – ein Verstoß gegen das Besatzungsrecht, richtig? Nun, diese Bundesklage – entschuldigen Sie, lassen Sie mich einen Schritt zurückgehen. Der Fall vor dem Ständigen Schiedshof ging aus der unrechtmäßigen Durchsetzung amerikanischer Gesetze hervor. Lance Paul Larson, ein Untertan des Königreichs Hawai'i, behauptete, dass das Königreich Hawai'i durch seinen Regentschaftsrat, der 1997 die Regierung wiederhergestellt hatte, dafür verantwortlich sei, dass amerikanische Gesetze zugelassen wurden, was zu seiner Inhaftierung führte. Damit wurde die Angelegenheit zu einer humanitären Frage. Er erlitt einen unfairen Strafprozess und anschließend eine unrechtmäßige Haft. Das sind zwei Kriegsverbrechen nach den Genfer Konventionen.

Als wir damals diese Vereinbarung mit ihm trafen, ein verbindliches Schiedsverfahren einzuleiten, wussten wir – und ich war sowohl der Bevollmächtigte des Königreichs Hawai'i als auch der Vorsitzende des Regentschaftsrates –, dass der Ständige Schiedshof damit beauftragt sein würde, festzustellen, ob das Königreich Hawai'i ein Staat ist, ein bestehender Staat. Nicht eine Nation mit dem Recht auf Selbstbestimmung, die sich erst entscheiden müsste, ein Staat zu werden, sondern vielmehr ein Staat in Kontinuität seit dem 19. Jahrhundert, trotz des Sturzes der Regierung im Jahr 1892. Ich stand also in Kontakt mit der Rechtsberaterin des Ständigen Schiedshofs, und sie bat um zusätzliche Informationen über das hinaus, was sie bereits recherchiert hatte, da sie feststellen musste, ob das Königreich Hawai'i weiterhin als Staat existierte und ob das Königreich Hawai'i folglich ein vertragschließender oder nicht vertragschließender Staat wäre, um Zugang zum Ständigen Schiedshof zu erhalten.

Also haben alle Vertragsstaaten Zugang. Aber Artikel 47 der Haager Konvention von 1907 über die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten gewährt auch Nichtvertragsstaaten Zugang. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Derzeit gibt es 127 Vertragsstaaten, aber 193 Mitglieder der Vereinten Nationen.

#Keanu Sai

Das bedeutet, dass es eine große Anzahl von Staaten gibt, die Mitglieder der Vereinten Nationen sind, aber keine Vertragsstaaten. Auch sie hätten Zugang. Für das Königreich Hawai'i gilt: Wir sind kein Mitglied der Vereinten Nationen, sondern ein Nichtmitglied der Vereinten Nationen – und dennoch ein Staat. Und sie bestätigte: Sie stellten fest, dass das Königreich Hawai'i als Staat existierte.

#Pascal

Hey, ganz kurze Unterbrechung, weil ich vor Kurzem von YouTube gesperrt wurde. Und obwohl ich jetzt wieder da bin, könnte das jederzeit wieder passieren. Also bitte überlegt, nicht nur hier zu abonnieren, sondern auch meinen Newsletter auf Substack – das ist pascallottaz.substack.com. Der Link steht unten in der Beschreibung. Und jetzt zurück zum Video. Richtig, denn natürlich begann die Besetzung Hawaiis, bevor der Ständige Gerichtshof der Gerechtigkeit gegründet wurde, also konnte

es selbstverständlich kein Mitglied sein. Aber was vor dem Ständigen Gerichtshof der Gerechtigkeit festgestellt wurde, ist, dass das Gericht die Staatlichkeit – und die fortbestehende Staatlichkeit – des Königreichs Hawaii anerkannt hat, richtig? Und das wurde bei dieser Anhörung bestätigt, weil sie sagten, dass ihr tatsächlich vor dem Gericht klageberechtigt wart, oder?

#Keanu Sai

Ja, das wurde bestätigt. Und das veranlasste Jaco van den Hout, den damaligen Generalsekretär des Ständigen Schiedsgerichtshofs – er war niederländischer Staatsbürger. Er sprach telefonisch mit mir und erklärte, dass das Sekretariat zu dem Schluss gekommen sei, es gebe keine Beweise dafür, dass das Königreich Hawai'i aufgehört habe, als Staat zu existieren, und dass der hawaiianisch-niederländische Vertrag nicht beendet worden sei. Ich glaube, dieser Vertrag stammte aus dem Jahr 1863, ein Vertrag über den Status der Meistbegünstigung. Er empfahl mir dann, als Regierungschef, den Vereinigten Staaten eine formelle Einladung zukommen zu lassen, sich an dem Schiedsverfahren zu beteiligen – um sich für die unrechtmäßige Anwendung des amerikanischen Rechts auf hawaiianischem Territorium zu verantworten, die zu dem unfairen Prozess und der Inhaftierung des Klägers, Herrn Larson, geführt hatte.

Diese Anfrage führte zu einem Austausch von Noten zwischen der Regierung des Königreichs Hawaii und den Vereinigten Staaten, um eine Exekutivvereinbarung zu treffen. Die erste Note, die ich überbrachte, erfolgte nach einem Treffen mit dem Rechtsbeistand von Lance Larson in Washington, D.C., während einer Telefonkonferenz mit Herrn John Crook vom US-Außenministerium – er ist Rechtsberater. Ich erinnere mich, dass er in unserem Gespräch sagte: „Und der Ständige Gerichtshof hat diesen Fall angenommen“, weil er wusste, was das bedeutete – dass sie bestätigt hatten, dass das Königreich Hawaii ein Staat war, nicht der 50. Bundesstaat der Vereinigten Staaten.

Also, was wir dort haben, ist Folgendes: Ich habe die formelle Einladung an die Vereinigten Staaten übermittelt und dieses Gespräch schriftlich festgehalten – das wurde zur Note oder zum Angebotsdokument. Ich habe es an Herrn Crook geschickt und außerdem eine Kopie an den Ständigen Gerichtshof übermittelt, um zu dokumentieren, dass die Vereinigten Staaten eine Einladung erhalten hatten. Einige Wochen später erhielt ich einen Anruf von der stellvertretenden Generalsekretärin Phyllis Hamilton – sie ist Amerikanerin – und sie sagte, dass die amerikanische Botschaft, also der Botschafter, dem Gerichtshof mitgeteilt habe, dass sie eine Antwort hätten. Sie lehnten es höflich ab, an dem Schiedsverfahren teilzunehmen, baten jedoch die hawaiianische Regierung um die Erlaubnis, Zugang zu allen Unterlagen und Schriftsätzen zu erhalten.

Und dem habe ich zugestimmt. Was wir dort haben, ist ein Exekutivabkommen. Dieses Exekutivabkommen ist wichtig, weil es sich nach dem Völkerrecht um einen Vertrag durch Notenwechsel handelt. Gleichzeitig mit der Erteilung der Erlaubnis an die Vereinigten Staaten, auf alle Aufzeichnungen zuzugreifen, erfolgte die Anerkennung des Königreichs Hawai'i und seines Regentschaftsrates als Regierung durch die Vereinigten Staaten. Das war ein entscheidender Punkt. Es ging nicht nur darum, dass der Ständige Gerichtshof bestätigt hatte, dass das Königreich Hawai'i

nach dem Völkergewohnheitsrecht weiterhin existiert, sondern nun hatten wir auch einen Vertrag. Dieser Vertrag ist als Sai–Clinton-Vertrag bekannt geworden – zwischen mir, da ich in direkter Kommunikation mit der Botschaft stand, und dem Ständigen Gerichtshof, der dieses Abkommen vermittelte. Und diese Botschaft vertrat Präsident Clinton, der zu jener Zeit Präsident war. Das war von großer Bedeutung.

Das war bedeutsam. Ebenso bedeutsam ist, dass der Ständige Gerichtshof – all dies geschah, bevor das Verfahren eingeleitet wurde, da das Tribunal erst im Juni 2000 eingerichtet wurde und dies im März 2000 war – nicht nur vom Vereinigten Staaten das fortbestehende Bestehen des Königreichs Hawai'i und den Regentschaftsrat als Regierung durch Vertrag anerkannt wurde, sondern auch durch **opinio juris** – also durch eine Rechts- oder Übungsauffassung. Heute sind es 127 Staaten – damals waren es, glaube ich, weniger; ich bin mir nicht sicher, wie viele, vielleicht etwa achtzig Vertragsstaaten –, aber kein Staat, einschließlich der Vereinigten Staaten, hat gegen die Bezeichnung und Feststellung des Ständigen Gerichtshofs protestiert oder Einwände erhoben, dass das Tribunal des Königreichs Hawai'i gemäß Artikel 47 für Nichtvertragsstaaten eingerichtet wurde. Das wurde zu einer Anerkennung dieser Praxis.

Die rechtliche Begründung dafür, dass sie keinen Protest oder Einspruch erhoben haben – was Teil des **opinio juris** ist – besteht darin, dass es das „Was“ gibt, also die Handlung, und das „Warum“, also eine rechtliche Verpflichtung. Nach dem Völkerrecht gilt die Vermutung der Kontinuität eines Staates, auch wenn seine Regierung gestürzt wurde, und die innerstaatlichen Gesetze eines Staates haben keine extraterritoriale Wirkung. Daher gab es nichts, wogegen die Vereinigten Staaten hätten protestieren können, da der Staat nach dem Völkerrecht – wie der Rechtsberater des Ständigen Gerichtshofs bestätigte – weiterhin existierte. Wir haben also **opinio juris**, wir haben ein Exekutivabkommen, und wir haben die Anerkennung durch den Ständigen Gerichtshof als zwischenstaatliche Organisation. Und Handlungen, die von einer zwischenstaatlichen Organisation vorgenommen werden – da sie aus Vertretern von Staaten besteht – gelten ebenfalls als Handlungen eines Staates.

#Pascal

Ihr Fall ist für mich äußerst faszinierend, weil er gewissermaßen dem aktuellen Verlauf der internationalen Beziehungen zuwiderläuft, in denen wir sehen, dass Staaten einfach mit ihren Streitkräften tun, was sie wollen, und Tatsachen vor Ort schaffen, richtig? Sie machen genau das Gegenteil. Sie wählen den rechtlichen Weg und sagen: „Nein, nein, Moment – wir haben Präzedenzfälle, wir haben einen Fall, und wir können das sowohl international als auch lokal in den Vereinigten Staaten vor Gericht bringen. Wir können das Rechtssystem nutzen, um zumindest die Fakten der Angelegenheit und den Sachverhalt festzustellen. Und wir arbeiten dort, mit einer langfristigen Strategie, um mithilfe des Rechtssystems das zurückzuerlangen, was eigentlich der Fall sein sollte“, richtig?

Glauben Sie – und wir kommen gleich zu den Einzelheiten Ihres neuen Falls – dass die Maßnahmen, die die Vereinigten Staaten derzeit ergreifen, sagen wir in Bezug auf Grönland und insbesondere in Bezug auf Venezuela, wo die USA im Grunde zu verstehen geben, dass ihre nationalen Gesetze, einschließlich des Rechts auf Waffenbesitz und so weiter, für den Präsidenten von Venezuela gelten sollen – ich meine, einer der Anklagepunkte gegen Nicolás Maduro lautet auf illegalen Waffenbesitz, richtig? Was völlig absurd ist, wenn man bedenkt, was Sie gerade dargelegt haben. Im großen Zusammenhang betrachtet: Wie denken Sie, wirkt sich dieser Ansatz der USA – diese offenkundige Verletzung des Völkerrechts und diese wirklich abenteuerliche Anwendung nationalen Rechts auf ausländische Hoheitsgebiete – auf Ihre Arbeit und Ihre Herangehensweise an Ihren Fall aus?

#Keanu Sai

Nun, die offensichtlichen Verstöße gegen das Völkerrecht, die von der derzeitigen US-Regierung begangen werden, unterstreichen nur die Bedeutung und Tragweite des Völkerrechts. In unserem Fall ereignete sich die Gewalt am 16. Januar 1893, als US-Truppen einmarschierten. Unsere Königin musste sicherstellen, dass kein Blutvergießen stattfand, da das Königreich Hawai'i vertraglich ein neutraler Staat war und daher sehr vorsichtig vorgehen musste. Es war niemals eine kriegführende Macht, die Krieg führen würde, aber wir hatten doch eine Verteidigungstruppe, oder? Was also die hawaiianischen Behörden im 19. Jahrhundert beschäftigte, war die Frage, wie man das Völkerrecht nutzen konnte, um die Existenz des Königreichs Hawai'i als unabhängigen Staat zu bewahren.

Und genau das führte zu politischen Entscheidungen in Bezug auf Neutralität, Regierungsreformen und ähnliche Themen. Als wir im Jahr 1893 ankommen, ist Hawaii als Regierungsgebilde sehr fortschrittlich. Die Königin sah sich damals der Kanonenbootdiplomatie der Vereinigten Staaten gegenüber und musste dabei äußerst vorsichtig vorgehen. Sie hatte einige sehr gute Berater, also nutzte sie das Recht zu ihrem Vorteil. Aber eine physische Übernahme kann man nicht aufhalten – zumindest würde das Gesetz ihre Position bewahren. Wenn wir es also aus heutiger Sicht betrachten, haben wir im Grunde genommen 1997 einfach dort weitergemacht, wo sie aufgehört hatten – nur ohne Truppen, ohne Drohungen. Tatsächlich habe ich einen militärischen Hintergrund; ich habe zehn Jahre lang als Artillerieoffizier in der Armee gedient. Wir wurden also im Besatzungsrecht ausgebildet, richtig?

Ich kannte das Besatzungsrecht und die Tatsache, dass die Souveränität intakt ist, nicht als Politikwissenschaftler, sondern als Offizier der Armee, weil das Teil des U.S. Army Field Manual 27-10 ist, richtig? Also mussten wir einen sehr umfassenden Ansatz wählen, ohne das Land mehr zu gefährden, als unbedingt nötig war. Unsere Maßnahmen – in diesem Fall das, was am Ständigen Gerichtshof geschah und was wir später in der Sendung im Zusammenhang mit der Bundesklage besprechen werden – sind Teil der übergeordneten Strategie der konsularischen Regentschaft. Wir arbeiten nach einem strategischen Plan, der 1997 entwickelt wurde, als die konsularische

Regentschaft die Regierung als konsularische Regentschaft wiederherstellte. Es ist ein Drei-Phasen-Plan. Phase eins: Überprüfung, dass das Königreich Hawai'i weiterhin als Staat existiert. Gut, Phase eins – der Ständige Schiedsgerichtshof hat uns darüber hinausgebracht.

Seit dem Jahr 2000 befinden wir uns in Phase zwei – der Offenlegung des hawaiianischen Staates, rechtlich, politisch, durch Bildung. Einfach offenlegen, offenlegen. Diese Offenlegung würde auf natürliche Weise die Einhaltung des Besatzungsrechts erzwingen, wobei der Staat Hawaii als Verwaltungsorgan des Königreichs Hawaii weiterhin auf der Infrastruktur von 1893 basiert – es handelt sich lediglich um eine Namensänderung. Sie müssen sich in eine Militärregierung umwandeln, um mit der Anwendung der Gesetze des besetzten Staates zu beginnen. Das ist das Ziel, das ist die Absicht. Und Phase drei ist erreicht, wenn die Besatzung durch einen Friedensvertrag endet, richtig? Also sprechen wir hier über den Ständigen Gerichtshof, der so entscheidend dafür war, sicherzustellen, dass ein anerkanntes Gremium bestätigt hat, dass das Königreich Hawaii weiterhin als Staat existiert – nicht als politische Bewegung, nicht als Frage der Selbstbestimmung.

Tatsächlich wird das Recht auf Selbstbestimmung in einem besetzten Staat anders angewendet als im Fall einer Kolonialisierung, richtig? Selbstbestimmung bedeutet, dass man das Recht hat zu wählen. Im Fall eines bestehenden Staates unter Besatzung wird dieses Recht entzogen, weil man weder seine eigenen Führer wählen noch seine eigenen Ressourcen kontrollieren kann. Wenn also die Besatzung endet, dann ist das der Moment, in dem wir Selbstbestimmung ausüben können, richtig? Das war ein wichtiger Aspekt. Wir befinden uns also in der Phase der Aufdeckung, in der wir nicht nur mit Fehlinformationen und einer falschen Erzählung zu tun haben, die als wahr akzeptiert wurde, sondern auch die Begriffe anpassen müssen.

Wir mussten die richtige Terminologie, das richtige Gesetz, den richtigen theoretischen Rahmen anwenden, richtig? Also, eine Sache, die wir nutzen, um Menschen dazu zu bringen, etwas zu tun, was sie normalerweise nicht tun würden – ich beziehe mich dabei gern auf die realistische Theorie, Hans Morgenthau – auf nationaler Ebene: Selbsthilfe, Eigeninteresse, Selbsterhaltung. Okay, nun, auf dieser Ebene sind sie gewissermaßen einige Stufen über der Realität, oder? Aber wir nähern uns an. Was tatsächlich vor Ort geschieht, ist, dass man dieselbe Selbsthilfe, dasselbe Eigeninteresse und dieselbe Selbsterhaltung findet, wo zum Beispiel Einzelpersonen im Bundesstaat Hawaii, die aufmerksam sind und sich der tatsächlichen Umstände bewusst werden – nämlich dass es immer besetzt ist – ein entscheidendes Element in einem Kriegsverbrechen erkennen, das **mens rea** genannt wird, der schuldhafte Geist.

Sobald sie das erkennen, können wir sie zur Rechenschaft ziehen und sagen: „Wenn ihr diesen Weg einschlagt, dann wird das die Konsequenz für euch sein.“ Und das beginnt von unten nach oben. Aber die letztendliche Einhaltung muss von oben nach unten erfolgen, nicht von unten nach oben. Es ist also ein sehr einzigartiger Ansatz, in den wir uns eingebracht haben. Doch diese Strategie, das Engagement und das Treffen taktischer Entscheidungen – also direkte Reaktionen auf eine Krise, Anpassungen – all das basiert auf Regeln. Und wir werden Teil der Kontrolle über die Erzählung, weil wir den Status einer echten Regierung haben, eines Staates nach internationalem Recht.

#Pascal

Und was ist nun kürzlich passiert? Sie haben jetzt einen Bundesfall, richtig, nach US-amerikanischem Recht. Können Sie diesen erklären und erläutern, wie er in Ihre übergeordnete Strategie passt – die, wie ich betonen möchte, eine langfristige Strategie ist? Sie versuchen nicht, das morgen oder im Jahr 2027 umzusetzen; Sie arbeiten an einem langfristigen Plan, um die Besatzung zu beenden, selbst wenn es noch hundert Jahre dauern sollte. Aber vielleicht nicht über den Fall selbst.

#Keanu Sai

Ich warte keine hundert Jahre. Wir haben tatsächlich schon viele Dinge vorbereitet – Auslöser, die bereits vorhanden sind. Wir müssen sie nur betätigen. Das Ganze passiert also nicht isoliert. Vieles hat sich während der zweiten Phase ereignet, als wir aus Den Haag zurückgekehrt sind. Nur das, was im Moment auf dem Radar sichtbar ist, wäre in diesem Fall die Bundesklage. Das Thema dieser Klage ist *Students for Fair Admissions*. Sie sind im Grunde Befürworter des Bürgerrechtsgesetzes in den USA. Das Argument lautet, dass die Affirmative Action, die Gruppen mit einer Geschichte von Unterdrückung oder Sklaverei – daher stammt sie ursprünglich – einen Vorsprung verschafft. Aber indem man diesen Studierenden einen Vorsprung gibt, verhindert man, dass andere Studierende, die möglicherweise besser qualifiziert sind, aufgenommen werden.

Im Fall von *Students for Fair Admissions* reichten sie eine Klage gegen Harvard ein und vertraten dabei chinesische Studierende, denen aufgrund der Affirmative Action die Zulassung verweigert worden war. Sie argumentierten, dass dies illegal sei, da es auf Rasse basiere. Im Jahr 2023 gelangte der Fall vor den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, und das Gericht entschied, dass Affirmative Action unzulässig ist. Dies ist derselbe Kläger, der nun vor einem Bundesgericht in Honolulu Klage gegen die Kamehameha Schools eingereicht hat, die 1887 während der Zeit des Königreichs gegründet wurden. Dem Testament und dem Willen von Bernice Pauahi Bishop, einer hochrangigen Prinzessin, zufolge erklärte die Schule, dass bei der Vergabe – nicht nur der Studiengebühren, sondern auch der Zulassung – den einheimischen Hawaiianern, also den Ureinwohnern, sowohl reiner als auch gemischter Abstammung, der Vorzug gegeben werde. Diese Regelung besteht seit 1887.

#Pascal

Ja, und jetzt sprechen wir über eine Schule, die gegründet wurde, noch bevor die rechtmäßige Regierung des Königreichs Hawaii gestürzt wurde. Diese Schule existiert noch heute, und sie hatte bereits 1887 etwas Ähnliches wie eine positive Diskriminierung. Und jetzt hat diese Studentengruppe die Schule verklagt, richtig?

#Keanu Sai

Weil ihr Argument ist, dass sie ...

#Keanu Sai

Sie sind keine Ureinwohner Hawaiis, und ihnen wurde der Zugang zu den Schulen verweigert. Ich selbst bin Absolvent der Kamehameha Schools, daher ist das für mich als Ehemaligen eine persönliche Angelegenheit. Das Problem bei diesem Fall ist jedoch, dass, als sie die Bundesklage einreichten und amerikanisches Recht anwandten, es genau dieselbe Situation war wie bei Lance Larson in seinem Strafprozess – nur dass es sich hier um einen Zivilprozess handelt. Was dabei konstant oder konsequent bleibt, ist, dass amerikanische Gesetze in Hawaii rechtswidrig durchgesetzt werden. Was ich außerdem im Zusammenhang mit **opinio juris** erwähnen möchte, ist, dass die Maßnahme oder Praxis des Ständigen Gerichtshofs nicht nur die Anerkennung des Königreichs Hawaii als Staat in seinen Jahresberichten war, die jeder Vertragsstaat erhielt, sondern auch die Fallbeschreibung auf seiner Website.

Das ist ihre Eingabe, und darin heißt es, dass Larson behauptet, die Konsularagentur sei für die unrechtmäßige Anwendung amerikanischer Gesetze auf dem Territorium des Königreichs Hawai'i haftbar. Die Vereinigten Staaten haben dem nicht widersprochen, was bedeutet, dass sie es als wahr und sachlich akzeptiert haben, richtig? Im Rahmen des **opinio juris** ist das eine Praxis. Also stehen wir hier: Die Regierung der Vereinigten Staaten erkennt durch Vertrag und durch **opinio juris** das Königreich Hawai'i als weiterhin existent an, und die Anwendung amerikanischen Rechts – wozu auch der Civil Rights Act gehören würde – ist unrechtmäßig, richtig? Das wird also zur Grundlage.

Also wird Kamehameha keines dieser Themen ansprechen, weil sie eine private Einrichtung sind und keine Experten im Völkerrecht oder darin so bewandert sind wie wir, richtig? Und Students for Fair Admissions werden diese Themen ebenfalls nie ansprechen. Das veranlasste mich zu einem Treffen mit der Leitung der Kamehameha Schools, um herauszufinden, wie sie in Bezug auf die Interessen des Hawaiianischen Königreichs als Regierung stehen. Sie sagten, sie nähmen keine Position ein. In Ordnung. Students for Fair Admissions erhoben Einwände gegen unseren vorgeschlagenen Eingriff. Wir werden in den Fall eingreifen, also werden wir einen Antrag auf Intervention als Nichtpartei einreichen.

Wir treten also weder als Beklagte noch als Kläger auf. Wir werden als Nichtpartei intervenieren, weil wir die hawaiianische Regierung sind. Wir werden sicherstellen, dass das Gericht die Geschichte korrekt versteht und das richtige Recht anwendet. Das war unsere Gelegenheit, den Antrag auf Intervention einzureichen. Im föderalen System der Vereinigten Staaten gibt es nun diese Doktrin, die als „politische Frage“ bezeichnet wird. In einem Bundesgericht, wenn es eine Frage der Souveränität gibt, die ein Land betrifft, das die Exekutive der USA nicht anerkannt hat – wie im Fall von Palästina – würde jede Person, die ein palästinensisches Anliegen als Staat nach internationalem Recht vorbringt, ihre Klage wegen fehlender Zuständigkeit abgewiesen bekommen, da es als politische Frage gilt, bis die Exekutive darüber entschieden hat.

Und dann, sobald sie darauf reagieren, sind die Gerichte daran gebunden, richtig? Sie können es nicht infrage stellen. Also haben wir erwartet, dass Students for Fair Admissions sich auf die Doktrin der politischen Frage berufen würden, als wir unseren Antrag auf Beiladung eingereicht haben – nicht Kamehameha, sondern Students for Fair Admissions. Was wir getan haben, war, in unserem Antrag auf Beiladung die Exekutivvereinbarung, die das Königreich Hawai'i anerkennt, und das *opinio juris*, das die Vereinigten Staaten bindet, wegzulassen. Wir haben das zurückgehalten, weil wir auf ihre Ablehnung reagieren wollten, die wir erwartet hatten. Was wir jedoch nicht erwartet hatten, war, dass der Richter den Antrag auf Beiladung unter Berufung auf die Doktrin der politischen Frage ablehnen würde. Er erließ diese Verfügung, mit der unser Antrag abgelehnt wurde, nur zwei Tage, nachdem wir ihn eingereicht hatten.

Also, ich weiß nicht, ob der Richter oder sogar der Kanzleimitarbeiter des Richters es tatsächlich gelesen hat, aber ich glaube, sie haben einfach angenommen, dass es, weil wir über das Königreich Hawaii sprechen – und sie mit den Einzelheiten nicht vollständig vertraut sind – hieß, der Antrag auf Intervention werde abgelehnt, da es sich um eine politische Frage handle. Was wir also getan haben, war, dass wir 14 Tage Zeit hatten, einen Antrag auf erneute Prüfung einzureichen. Die Hauptgrundlage, auf die wir uns bei diesem Antrag stützen, ist, dass das Gericht in Bezug auf das Königreich Hawaii einen offensichtlichen Fehler in seinem Urteil begangen hat. In unserem Antrag auf erneute Prüfung haben wir dann das Exekutivabkommen dargelegt, das zeigt, dass das Königreich Hawaii unter Präsident Clinton anerkannt wurde, ebenso wie der Regentschaftsrat und das *opinio juris*.

Es scheint, dass der Richter auf die Pausentaste gedrückt hat, weil noch keine Entscheidung getroffen wurde, und wir sind jetzt bei 14 Tagen, richtig? Es ist also ein bestehendes Thema, aber keines, das im Hinblick auf die Existenz des Königreichs Hawai'i verhandelt werden soll. Es geht vielmehr um die Auswirkungen, die das sogenannte Clinton-Abkommen als Vertrag auf das Gericht hätte, da sich das Gericht auf fremdem Territorium befindet – nämlich im Königreich Hawai'i – was bedeutet, dass es nicht ordnungsgemäß konstituiert ist. Und wenn ein Gericht nicht ordnungsgemäß konstituiert ist, entzieht jede seiner Handlungen einer Person ein faires und ordnungsgemäßes Verfahren. Und nun kommt die Vierte Genfer Konvention ins Spiel, richtig? Das ist der Ansatzpunkt, der diese Fragen in den Vordergrund rückt. Und das ist ein sehr grundlegender Punkt, der hier in Hawai'i für Aufsehen sorgt, weil er rechtlich so fundiert ist.

#Pascal

Und Sie zwingen das Gericht jetzt, diese Frage zu berücksichtigen, richtig? Ich meine, Sie nutzen das Gerichtssystem, um diese detaillierten Rechtsfragen zu verfolgen. Aber mit jeder einzelnen schaffen Sie neue Bausteine, um den nächsten Schritt zu gehen – um zu beweisen, dass das Königreich Hawaii immer noch existiert, immer noch eine juristische Person ist und nie aufgehört hat zu bestehen, auch wenn die Menschen es ignoriert haben. Sie sind also jetzt an dem Punkt, an dem Sie

auf die Entscheidung des Richters warten, denn sobald diese ergangen ist, hätten, so nehme ich an, die Students for Fair Admissions die nächste Gelegenheit, die Ablehnung Ihres Antrags auf Beteiligung zu beantragen, richtig?

#Keanu Sai

Also, noch einmal: Wenn man in einem Kampf ist, zeigt man nicht alle seine Kombinationen, richtig? Als wir diesen Antrag auf Intervention eingereicht haben, war unsere Strategie, dem Gericht zu zeigen, was die Gesetze sind, was die Fakten sind und dass es das Recht des Königreichs Hawaii anwenden muss – um das Gericht dazu zu bringen, in diesem Verfahren das Recht des Königreichs Hawaii anzuwenden. Das war die Grundlage unserer Intervention. Wir sind also nicht die „Students for Fair Admissions“, die bei Kamehameha einen weiteren Versuch unternehmen. Der Unterschied besteht darin, dass positive Diskriminierung nach amerikanischem Recht illegal ist, während das Königreich Hawaii nach seinen eigenen Gesetzen eine Form der positiven Diskriminierung kennt, bei der die Politik von Kamehameha im Einklang mit dem Recht des Königreichs Hawaii steht.

Und wir haben einen Gerichtsfall aus dem Jahr 1863, Rex gegen Booth, der in Bezug auf die einheimische Bevölkerung ganz klar formuliert ist. Also, wissen Sie, es geht darum, sicherzustellen, dass die Bedingungen fair sind. Verweigern Sie den Studierenden keinen freien Zugang. Das dürfen Sie nicht tun. Nein, Sie können jede Behauptung aufstellen, die Sie wollen, aber Sie müssen das richtige Gesetz anwenden. Nun, was jedoch infolge der Entscheidung des Richters, unseren Antrag abzulehnen – und nun auch unseren Antrag auf erneute Prüfung – geschehen ist, ist, dass wir die Angelegenheit auf eine andere Ebene gebracht haben. Das Exekutivabkommen, der Vertrag, besagt im Grunde, dass die Vereinigten Staaten das Königreich Hawaii anerkennen, und dass dieses Bundesgericht nicht existiert. Es existiert nicht. Nicht, dass es das Recht des Königreichs Hawaii anwenden müsste.

Jetzt stellt sich also die Frage nach der Rechtmäßigkeit – nicht nur im Zusammenhang mit Students for Fair Admissions, sondern auch mit den Kamehameha Schools. In meinen derzeitigen Gesprächen mit der Führung von Kamehameha geht es darum, dass Kamehameha als Nachlass – ein abgewickelter Nachlass, der nach dem Recht des Königreichs Hawai'i eine juristische Person ist, also keine physische, sondern eine rechtliche Person – dem Recht des Königreichs Hawai'i unterliegt. Die aktuelle Verwaltung dieses Nachlasses jedoch unterliegt dem amerikanischen Recht. Das ist ein Problem. Wir haben hier einen Konflikt, denn man kann im Königreich Hawai'i nicht dem amerikanischen Recht unterstehen, wenn die Vereinigten Staaten bereits die fortbestehende Existenz des Königreichs Hawai'i und des Regentschaftsrates anerkannt haben.

Wir haben also versucht, die Führung der Kamehameha-Schulen – die Treuhänder und den CEO – dazu zu bewegen, aktive Schritte zu unternehmen, um zu zeigen, dass sie dem Königreich Hawaii, also dem Land, die Treue halten. Denn die Loyalität hat sich trotz einer lang andauernden Besetzung nicht geändert, da die Souveränität weiterhin besteht. Während einer Besetzung kann man argumentieren, dass der Besatzer Gehorsam verlangen darf, aber keine Loyalität. Denn wenn er

Loyalität verlangt, wäre das ein Kriegsverbrechen, richtig? Wir müssen also verstehen, wie dieses Gesetz heute Privatpersonen betrifft. Und genau da geht es um Selbsthilfe, Eigeninteresse und Selbsterhaltung. Wenn ich mir also die aktuelle Regierung ansehe – die im Grunde nur ein Mikrokosmos von allem in Hawaii ist, oder?

Es geht nicht nur um die Führung von Kamehameha; es handelt sich um die direkte Verbindung zu einem Nachlass – einer juristischen Person nach dem Recht des Königreichs Hawaii. Und die einzige Möglichkeit, wie dieser Nachlass sprechen kann, ist durch Vertreter, die kraft des Willens dieses Nachlasses handeln. Dieser Wille wird nicht ordnungsgemäß angewendet, weil alles unter amerikanischem Recht steht. Wir haben also eine Situation, in der die Vermögenswerte dieses Nachlasses heute die Gehälter der Leitung des Nachlasses nach amerikanischem Recht bezahlen. Es besteht eine Diskrepanz. Daher kann ich nun als Leiter der Königlichen Untersuchungskommission – die Kriegsverbrechen untersucht – sagen, dass die derzeitige Führung möglicherweise das Kriegsverbrechen der Usurpation der Souveränität begeht, nämlich die Auferlegung des Rechts des Besatzers, als Beteiligte nach der Tat.

Denn nachdem sie im Nachhinein davon in Kenntnis gesetzt wurden – was den Teil „Beihilfe nach der Tat“ auslöst – wurden sie durch die Schriftsätze in diesem Fall darüber informiert, dass Hawaii besetzt ist und dass das Recht des Königreichs Hawaii gilt. Daher wird der fortgesetzte Erhalt von Geld aus diesem Nachlass zur Beihilfe nach der Tat: eine Usurpation der Souveränität, in der Weise, wie sie unter amerikanischem Recht Treuhänder wurden, was an sich bereits eine Usurpation der Souveränität darstellt. Ein weiterer Aspekt der Auswirkungen von Kriegsverbrechen wäre Plünderung, da es sich um einen privaten Nachlass aus dem 19. Jahrhundert handelt und diese Personen Privatpersonen sind. Nun sprechen wir also davon, Vermögenswerte ohne die Zustimmung dieser anderen Privatperson anzueignen. Damit kommen wir nach dem Recht des Königreichs Hawaii auch in den Bereich des Diebstahls.

Weil Sie Gelder von einer Einrichtung ohne Zustimmung erhalten. Die Implikation hier, wie schon immer, betrifft in gewissem Maße alle Menschen auf Hawaii. Was jetzt geschehen muss, ist, dass die Treuhänder und der Geschäftsführer dem Recht des Königreichs Hawaii unterstellt werden. Nach unseren Gesetzen geschieht das gemäß Abschnitt 430 des hawaiischen Zivilgesetzbuchs – durch die Unterzeichnung eines Treueeids. Das ist der Nachweis dafür, dass man dem Recht des Königreichs Hawaii untersteht. Interessant ist, dass 1893, als die Aufständischen die Regierung des Königreichs Hawaii übernahmen und von US-Marines geschützt wurden, sie alle zwangen, ihnen Treueeide zu leisten. Sie wurden von den US-Marines geschützt, behielten aber die Regierungsinfrastruktur bei.

Was wir also in unserem Einsatzplan zusammengestellt haben – lange bevor diese Bundesklage überhaupt stattfand – ist, den Status quo auf den Stand von 1893 zurückzubringen, also vor die US-Invasion. Es gibt wesentliche und implizite Aufgaben. Im Grunde genommen betreiben wir eine Art Rückentwicklung – wir machen alles rückgängig, was 1893 geschehen ist. Wir entwickeln keine neuen Ansätze, sondern kehren den Prozess rechtlich einfach um. Der Treueeid, den Personen in bestimmten Positionen ablegen müssten – in diesem Fall wurde das durch die Bundesklage

offengelegt – ist nur ein Teil dieser Rückentwicklung, um alles wieder unter das Dach des Hawaiianischen Königreichs und seiner Souveränität zu bringen. Und genau das macht viele Menschen hier in Hawaii sehr unruhig.

#Pascal

Bekommst du Gegenwind – nicht nur auf der juristischen Ebene, sondern auch von Menschen? Ich meine, du kratzt da wirklich an einer Oberfläche, bei der du mächtige Leute – Menschen mit Geld und Menschen im Amt – auf dich aufmerksam machen könntest, die vielleicht alles stoppen wollen. Passiert das schon?

#Keanu Sai

Nein, nein. Es ist so stark rechtlich und historisch begründet, dass unser Schutz im Grunde darin besteht, dass wir einfach dem Gesetz folgen. Richtig. Also, schauen wir uns die Vorteile davon an. Gut, betrachten wir es aus einer realistischen Perspektive. Wenn ich auf Hawaii lebe und die Lebenshaltungskosten mich erdrücken – die Mehrheit der einheimischen Hawaiianer lebt inzwischen in Amerika, weil sie es sich nicht leisten können, in ihrem eigenen Land, in ihrer eigenen Heimat zu leben. Nicht, dass sie überhaupt wüssten, dass es ihr Land ist, richtig? Nach dem Gesetz des Königreichs Hawaii erhält jeder einheimische Hawaiianer kostenlose Gesundheitsversorgung im Queen's Hospital. Das war das Gesetz im Jahr 1893, seit 1859, richtig?

Außerdem kann jeder Ureinwohner Hawaiis – aufgrund seiner verbrieften Rechte am Land – bis zu 50 Acres zu 50 Cent pro Acre erhalten, was laut Inflationsrechner etwa 17 Dollar pro Acre entspricht, richtig? Wir betrachten hier Themen, die die Menschen direkt betreffen – also Eigeninteresse, Selbsterhaltung. Das bringt sie zum Nachdenken. Und wenn man das Ganze aus steuerlicher Sicht betrachtet: In Hawaii werden die Menschen dreifach besteuert – auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene. Nach dem Recht des Königreichs Hawaii gibt es jedoch nur eine Steuer, richtig? Aus unternehmerischer Sicht zahlt man also keine IRS-Steuern in einem fremden Land namens Königreich Hawaii. Man zahlt Steuern an das Königreich Hawaii, die derzeit vom Bundesstaat Hawaii eingezogen werden.

Wir müssen sie einfach dazu bringen, den Übergang zu vollziehen. Die treibende Kraft hier – das Gesetz ist die Grundlage – aber in Wirklichkeit sind es wirtschaftliche Faktoren. Es ist der Punkt, an dem Einzelne anfangen, sich selbst zu betrachten und sagen: „Moment mal, was passiert hier eigentlich?“ Nicht, dass sie das volle Ausmaß dessen verstehen müssen, worüber du und ich sprechen, aber sie wollen etwas Echtes sehen, etwas anderes. Und im Fall der Bundesklage wird das verwirklicht – es ist sozusagen: Das ist real, das ist nicht spekulativ. Aber für mich, weißt du, als ehemaliger Offizier der Armee, ist es eine Missionsaufgabe, aufgabenorientiert und mit einem methodischen Ansatz. Der langfristige Aspekt davon ist also, dass wir es hier mit unserem Feind zu tun haben.

Weil wir uns in einem Kriegszustand befinden. Wir sind besetzt – das ist ein Kriegszustand. Wir befinden uns noch nicht im Frieden, nicht bevor wir einen Vertrag haben. Aber der Feind – der Feind für uns – ist Unwissenheit. Niemand weiß Bescheid. Also gehen wir mit Unwissenheit durch Bildung und kritische wissenschaftliche Veröffentlichungen um. Meine jüngste Veröffentlichung bei Oxford University Press über die fortbestehende Existenz des Königreichs Hawaiʻi als unbesiegter Staat hat unsere Geschichte auf die höchste Ebene der weltweiten Wissenschaft gebracht. Mein demnächst erscheinendes Kapitel über die Neutralität Hawaiʻis, in eurem zweiten Band zu Neutralitätsstudien, behandelt den Ansatz des Königreichs Hawaiʻi, sich im 19. Jahrhundert als neutraler Staat zu erhalten.

Also müssen die Gespräche normalisiert werden. Und deshalb geht es mir nicht um Rhetorik, sondern um einen konstruktiven Dialog – und auch darum, viel Unwissen hier in Hawaii anzusprechen. Ich bin Dozentin und unterrichte Politikwissenschaft und Hawaiianistik. In jeder Klasse, seit über 20 Jahren, sehen es alle – es ist, als würde eine Glühbirne angehen. Dann erkennen sie auch, dass der Regentschaftsrat einen Plan hat. Es ist nachvollziehbar; ich kann es verstehen. Ich denke an meine Kinder und meine möglichen Enkelkinder. Es gibt also so viele Aspekte, die über das Rechtliche hinausgehen, aber es hat eine rechtliche Grundlage.

#Pascal

Was ich an deinem Beispiel sehr wichtig finde, ist, dass du zeigst, dass es Möglichkeiten gibt, etwas zu tun, wenn man mit dem aktuellen Zustand – also damit, wie die Dinge laufen – nicht einverstanden ist. Wir sind nicht dazu verdammt, einfach die Hände in den Schoß zu legen und zu sagen: „Oh nein, alles ist so schlimm, buhu.“ Es gibt Dinge, die man tun kann. Und dein Ansatz ist ein sehr, sehr interessanter, da du eine Kombination aus internationalem Recht, nationalem Recht und juristischer Argumentation nutzt – nicht nur juristische Theorien, sondern die Anwendung des Rechts, um etwas zu bewirken. Deshalb ermutige ich alle, deinen Fall des Königreichs Hawaii und des Regentschaftsrats zu studieren, um zu sehen, wie er als Inspiration für andere Fälle dienen kann, in denen wir mit dem, was geschieht, nicht einverstanden sind, uns aber fragen, was getan werden kann. Keanu, für Menschen, die deinem Fall folgen möchten, die sehen wollen, was in der Bundesklage und so weiter passiert – wohin sollten sie sich wenden?

#Keanu Sai

Aktuelle, stets auf dem neuesten Stand gehaltene Beiträge werden im Blog veröffentlicht – dem Hawaiian Kingdom Blog. Ich glaube, die Adresse lautet HawaiianKingdom.org/blog. Dort wirst du aufgefordert, ein Abonnement abzuschließen, und so wirst du jedes Mal benachrichtigt, wenn etwas Neues veröffentlicht wird. Du musst also nicht ständig nach den neuesten Updates suchen. Das ist wirklich der eine Ort, den man aufsuchen sollte, wenn man wissen will, was passiert. Es gibt dort auch eine Suchfunktion, und viele Blogbeiträge reichen Jahre zurück. Es ist außerdem eine gute Lehrressource.

#Pascal

Ich werde den Link zum Blog in die Beschreibung dieses Videos unten einfügen. Dr. Keanu Sai, vielen Dank für Ihre Zeit heute. Ihnen ebenfalls vielen Dank.